

Winter 2012/2013

LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

www.linksfraktion-bonn.de

DIE LINKE.



Bild: U4016 at flickr.com

Liebe Bonnerinnen und Bonner,

Oberbürgermeister Nimptsch und die schwarz-grüne Ratsmehrheit bilanzierten jüngst zur Halbzeit der Wahlperiode ihre eigene Arbeit. Während sie sich sonst häufig wie die Kesselflicker streiten, zeigen sie hier große Übereinstimmungen: Beide loben sich, was das Zeug hält, und vereinnahmen alles Mögliche, was sich in Bonn positiv entwickelt. Realistisch betrachtet dürften aber entgegen der eigenen Bilanz weder der OB für den Börsenwert der örtlichen Dax-Konzerne noch die Ratsmehrheit für den Neubau der Sparkasse am Friedensplatz entscheidende Verantwortung tragen. Dort jedoch, wo kommunale Spielräume und dringender Handlungsbedarf tatsächlich bestehen, ist die wahre Bilanz der Stadt schlecht: Mehr als 16.500 Kinder leben in unserer reichen Stadt in Armut und es werden immer mehr. Die Mieten explodieren und auch die steigenden Energiepreise können sich viele Menschen nicht mehr leisten. Die soziale Frage stellt sich in Bonn immer

drängender! Hierzu findet sich in den Bilanzen von Oberbürgermeister und schwarz-grüner Ratskoalition aber kaum Konkretes. Für ein soziales Bonn haben sich Ratskoalition und Verwaltungsspitze in ihrer ersten Halbzeit viel zu wenig engagiert. Ganz im Gegenteil: Eine Million Euro sparte die Ratsmehrheit beim Bonn-Ausweis sogar bei den Schwächsten ein. Als Linksfraktion wollen wir es anders machen. Davon zeugen unsere vielfältigen Initiativen im Rat und den Ausschüssen. Wir laden Sie herzlich ein, sich in dieser Zeitung ein Bild hiervon zu machen. Wir werden uns auch 2013 weiter für ein soziales Bonn stark machen!

**DIE LINKE
für ein soziales
Bonn!**

Herzliche Grüße, Ihr

Dr. Michael Faber

(Fraktionsvorsitzender)



Inhaltsverzeichnis

- ▶ Für einen Strom-Sozialtarif! 2
- ▶ Offensiv gegen Wohnungsmangel und Mietexplosion 3
- ▶ Genossenschaft: Moderne Wirtschaftsform mit Tradition 4
- ▶ Für Tierschutz in Bonn! 5
- ▶ ÖBS in Bonn: Licht und Schatten 6
- ▶ Wettkampf ohne Sieger 7
- ▶ Kriegsschiff Bonn 8

Links wirkt!

► Korrektur bei Hartz IV

Jahrelang hat die Stadt die Kosten der Unterkunft nach Hartz IV falsch berechnet und vielfach zu niedrig ausbezahlt. Auf Anfrage der Linksfraktion hat die Stadt jetzt erklärt, dass die Bescheide von Amts wegen rückwirkend korrigiert werden.

► Mahnmal zur Bücherverbrennung

Die Ratsmehrheit hat die Initiative der Linksfraktion lange ausgebremst, zur Finanzierung des Mahnmals zur Erinnerung an die Bücherverbrennung auch öffentliche Mittel einsetzen zu können. Jetzt endlich wurde das Verbot der Beteiligung der öffentlichen Hand an diesem wichtigen Projekt aufgehoben.

► Fair statt spekulativ

Die Gelder der Sparkassenstiftung für Internationale Begegnung werden jetzt stärker nach ethischen und ökologischen Kriterien angelegt. Dafür hat sich DIE LINKE im Kuratorium engagiert.

► Jeder Jeck liebt anders

Obwohl es immer noch Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung gibt und darunter gerade junge Menschen besonders leiden, gab es in Bonn seit Jahren keine Anlauf- und Beratungsstelle für homosexuelle Jugendliche. Die Linksfraktion konnte durchsetzen, dass sich das 2013 ändert!

► Ross und Reiter bei Hygieneverstößen nennen

Wie von der Linksfraktion beantragt, veröffentlicht die Stadt jetzt festgestellte Hygieneverstöße auf www.lebensmitteltransparenz-nrw.de.

► Mehr Ausbildungsplätze

Auch auf Initiative der Linksfraktion hin bildet die Stadt Bonn stärker aus. Das ist dringend nötig, um jungen Menschen gerade in Zeiten doppelter Abjahrgänge eine Perspektive zu bieten.

Für einen Strom-Sozialtarif!

von **Martin Behring, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion**

Bundesweit wird in jüngster Zeit viel über die Anhebung der Umlage für Erneuerbare Energie (EEG) von 3,6 Cent auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde und die damit verbundene Preissteigerung diskutiert. Doch auch ohne diese Preiserhöhung können schon jetzt LeistungsempfängerInnen mit dem ALG-II- oder Sozialhilfe-Regelsatz nur einen deutlich geringeren Strombedarf decken. Die Linksfraktion hat nun die Möglichkeit einer ökologisch und sozial sinnvollen Abfederung der Mehrkosten für finanzschwache Haushalte aufgezeigt. So sollen den Stromkunden mit Bonn-Ausweis eine kostenlose Sockelmenge an Strom (250 kWh/Jahr) und eine Befreiung von der monatlichen Grundgebühr (5,36 Euro mtl.) zugestanden werden. Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen würden nach unserem Vorschlag zu 80 Prozent von der Stadt übernommen und im Haushalt eingeplant. Unsere Initiative zielt darauf ab, diese Vergünstigungen für den Bezug von Ökostrom über die Stadtwerke Bonn zu gewähren.

Vor Erhöhung der EEG-Umlage reichte der im Hartz-IV-Regelsatz eingeplante Stromkostenanteil von 30 Euro nur für ca. 1300 kWh/Jahr, während 1700 kWh/Jahr als "Normalverbrauch" für einen Single-Haushalt gelten. Hinzu kommt, dass Menschen mit niedrigen Einkommen in

der Regel ihre Haushalte nicht mit modernen und energiesparenden Geräten ausstatten können. Die Erhöhungen zum Jahreswechsel verschärfen die Situation noch. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Stromsperrungen auf Grund von Zahlungsschwierigkeiten noch steigen wird. Bereits jetzt werden in Bonn jährlich ca. 1450 Zähler- und Stromsperrungen vorgenommen.

Nach unserem Antrag würde es LeistungsbezieherInnen in Bonn ermöglicht, sich vom Regelsatz einen durchschnittlichen Stromverbrauch leisten zu können. Energiesparanreize bleiben bestehen, da nur die Sockelmenge kostenlos wäre und die Stromkosten mit weiterem Verbrauch zum Ökostromtarif steigen.

Die Stadtwerke teilten in einer Stellungnahme mit, dass sich die Kosten für ein solches Modell auf insgesamt 1,6 Mio. Euro pro Jahr belaufen würden. Davon müssten nach dem von uns vorgeschlagenen Modell die Stadt 1,28 Mio. Euro (80 %) und die SWB 320.000 Euro (20 %) tragen. Wir vertreten den gewählten Ansatz trotz der Mehrkosten, da hierdurch die Stadtwerke gestärkt und auch erneuerbare Energien gefördert würden. Insbesondere ist aber die Entlastung finanzschwacher Haushalte dringend erforderlich. Denn einen Grundbedarf an Energie müssen sich in unserer Stadt alle leisten können.

1.450
Stromsperrungen
jährlich in
Bonn!



Bild: SPW/ at flickr.com



Bild: ingoism at flickr.com

Offensiv gegen Wohnungsmangel und Mietexplosion

Elf Prozent
Mietsteigerung
in fünf
Jahren.

von **Holger Schmidt**, planungspolitischer Sprecher der Linksfraktion und Mitglied im Aufsichtsrat der VEBOWAG

Um mehr als 11 Prozent sind die Mieten in Bonn im Schnitt innerhalb von fünf Jahren gestiegen, bei Neuvermietungen liegt der Zuwachs noch deutlich darüber. Nicht nur neu ankommende Studierende, auch Tausende hier bereits lebende BonnerInnen mit geringem Einkommen suchen vergeblich nach einer bezahlbaren Wohnung. Allein die städtische Warteliste für sozialen Wohnraum ist über 3100 Suchende lang. Und nach allen Vorhersagen wird sich die Situation in den nächsten Jahren noch merkbar verschlimmern.

In Bonn wird kaum gebaut und wenn, dann „hochwertig“, mit anderen Worten: nicht für Menschen mit wenig Geld. Entlastung kann nur der soziale Wohnungsbau bieten. Mit seinen niedrigeren Mieten nützt er auch denjenigen, die nicht direkt auf ihn angewiesen sind. Ein breites kommunales Angebot an Wohnungen drückt die Mieten insgesamt, zumindest verhindert es ihren weiteren starken Anstieg.

„Weder Umfang noch Komplexität der Probleme wurden von den politisch Verantwortlichen in Bonn in angemessener Weise wahrgenommen und in Handeln umgesetzt.“, so das noch milde formulierte

Fazit einer jüngst vorgestellten Studie von Caritas, Diakonie, Mieterbund, AWO und DGB. Klar ausgedrückt: Die schwarz-grüne Ratsmehrheit hat alle Vorschläge blockiert, die nun auch wieder die Sozialverbände für den sozialen Wohnungsbau machen.

Vor zwei Jahren hat die Linksfraktion schon die Stärkung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG mit mehreren Millionen gefordert. Schwarz-Grün hat alles abgelehnt, sobald es konkret wurde. Selbst zu einer Zweckentfremdungssatzung, die spekulativen Leerstand bekämpfen und insbesondere große Wohnungsunternehmen wie Annington & Co. unter Druck setzen soll, hat sich diese Ratsmehrheit bisher nicht bekannt.

Bei einer LINKEN Kernforderung hat Schwarz-Grün sich jetzt wenigstens nach jahrelanger Blockade bewegt: Um fünf Millionen Euro soll 2014/15 das Eigenkapital der städtischen VEBOWAG erhöht werden, um mehr sozialen Wohnraum zu errichten. Aber ohne kontinuierliche finanzielle Förderung und fortlaufende Grundstücksbereitstellung auch durch Bebauungsplanvorgaben wird sich die Situation am Bonner Wohnungsmarkt absehbar verschlechtern. Die Linksfraktion wird weiter Druck machen, damit sich die Stadt endlich ihrer Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum stellt.

Initiativen der Linksfraktion

► **Steuern von Konzernen durchsetzen**
Bislang schaut die Stadt bei der Steuerprüfung örtlicher Dax-Konzerne durch das Finanzamt nur unbeteiligt zu. DIE LINKE hat beantragt, dass auch die Stadt Steuerprüfer einstellt, die Telekom, Post und Co. auf die Finger und in die Bücher schauen. Gerade die Großkonzerne dürfen sich nicht ihrer Steuerpflicht entziehen.

► **Transparenz**
Die Richtlinien der Kommune fordern Transparenz und Offenheit über privates Sponsoring bei der Stadt ein. Trotzdem blieben die Berichte hierzu vertraulich. Wir meinen: Wenn Private mit Sponsoring Interessen vertreten, muss das öffentlich sein!

► **Gute Arbeit**
Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse statt Dauerbefristung und Leiharbeit, die auch bei der Stadt Bonn viel zu oft Praxis sind.

► **Kein Sparen bei den Kleinsten**
Auf vielen Spielplätzen fehlen neue und gute Geräte. Die Mittel für Spielgeräteeersatz werden jetzt aber für einen Fitness-Parcours zweckentfremdet. DIE LINKE will, dass das Geld auch bei den Kleinsten ankommt.

► **Nein zum Festspielhaus**
DIE LINKE sagt Nein zum Festspielhaus. Anstatt die Fristen ständig zu verlängern, sollte das Projekt beendet werden. Bonn braucht kulturelle Vielfalt und kann sich einen diamantenen Leuchtturm nicht leisten!

► **Für Chancengerechtigkeit**
Nicht immer setzen sich die Besten durch, wenn Jobs bei der Stadt zu vergeben sind. Anonymisierte Bewerbungen können helfen, den Blick auf Qualifikationen zu richten. Wir wollen das auch für Bonn!

Genossenschaften: Moderne Wirtschaftsform mit Tradition

von Thomas Wedde, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Auf Anfrage der Linksfraktion unterstreicht die Stadtverwaltung die positive Bedeutung von Genossenschaften für den Wirtschaftsstandort Bonn, da ihr Geschäftsmodell auf die Stadt bzw. die Region bezogen und nachhaltig ist. Genossenschaften gibt es in Bonn u.a. im Kreditwesen, im Agrarsektor oder auch im Bereich der Entwicklungshilfe. Regional sind zahlreiche Zentralgenossenschaften mit ihren Mitgliedsbetrieben überwiegend im Einzel- und Bekleidungshandel sowie eine Einkaufsgenossenschaft für Zweiräder vertreten. Zudem hat der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. seinen Verwaltungssitz in Bonn.

Dazu kommen bald genossenschaftliche Bürgersolaranlagen. Die Linksfraktion hatte beantragt, dass die Stadt Dachflächen für derartige genossenschaftliche Modelle des Bürgerengagements für erneuerbare Energien zur Verfügung stellt. Das traf auf Zustimmung und wurde vom Rat jüngst beschlossen.

Genossenschaften gibt es seit dem Mittelalter. Sie sind verbreiteter als gemeinhin bekannt. Wesentliche Merkmale genossenschaftlicher Identität sind die Grundsätze der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Typisch ist, dass die Mitglieder zugleich EigentümerInnen und KundInnen ihrer Genossenschaft sind. Das Ziel, die eigenen Mitglieder wirtschaftlich zu fördern, ist sogar gesetzlich vorgegeben. Dabei wird unterschieden zwischen Fördergenossenschaften, zwecks Einkauf und Verwertung, und Produktionsgenossenschaften, bei denen die Mitglieder gleichzeitig ArbeitnehmerInnen sind. Im Vordergrund steht immer der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.

Im September fand auf dem Bonner Marktplatz der Genossenschaftstag des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes mit seinen rund 700 Mitgliedsunternehmen anlässlich seines 150-jährigen Bestehens statt. Dieser Zeitraum verdeutlicht die Tradition einer Wirtschaftsform, die nicht auf die Befriedigung von gewinnmaximierenden Interessen Dritter ausgerichtet ist, sondern sich an ihren eigenen Mitgliedern und letztlich dem Gemeinwohl orientiert. Dieses Modell erweist sich gerade in den letzten Jahren erneut als besonders belastbar und stabil. Es wurde von den Vereinten Nationen 2012 durch das „Internationale Jahr der Genossenschaften“ gewürdigt. Die herausragende Wirtschaftsleistung von Genossenschaften und deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt zeigen



Bild: mammal at flickr.com

Genossenschaften haben ein regionales und nachhaltiges Geschäftsmodell.



Bild: hailippe at flickr.com

bekannte Beispiele wie die Volks- und Raiffeisenbanken als wichtige regionale Wirtschaftspartner, der Einzelhändler Migros in der Schweiz oder Mondragon, das siebtgrößte Industrieunternehmen Spaniens mit 103.000 MitarbeiterInnen. Selbst solch große Unternehmen orientieren sich am Grundgedanken einer jeden Genossenschaft: gemeinsam seine Ziele besser zu erreichen als im Alleingang!

LINKS wirkt: Für Tierschutz in Bonn!

von Dr. Michael Faber, Vorsitzender der Linksfraktion im Rat

Nach Mahatma Gandhi kann man die Größe und den moralischen Fortschritt einer menschlichen Gesellschaft (auch) daran ermessen, wie sie mit den Tieren umgeht. In diesem Sinne konnte DIE LINKE 2012 Erfolge für den Tierschutz in Bonn erzielen. Das beginnt mit dem erstmaligen Abschluss eines Fördervertrages zwischen der Stadt und dem örtlichen Tierschutzverein. Ein solcher Vertrag war lange überfällig. Denn der städtische Zuschuss an den Verein war bislang viel zu gering. Schließlich leistet der Verein nicht nur wichtige gesellschaftliche Arbeit, er übernimmt mit der Fundtierversorgung im Tierheim Albert Schweitzer auch eine Aufgabe der Stadt. Mehrfach hat sich die Linksfraktion für einen Fördervertrag auf Augenhöhe eingesetzt und dafür zuletzt eine Mehrheit gewonnen. Jetzt erhält der Verein deutlich mehr Geld und hat durch den Vertrag Planungssicherheit!

Einen weiteren Erfolg gibt es beim Katzenschutz. Wie in vielen Städten müssen auch in Bonn Tierschutzvereine immer mehr verwilderte Katzen aufnehmen. Diese sind häufig in einem desolaten ge-

sundheitlichen Zustand und müssen nicht selten sogar eingeschläfert werden. Um den Rest kümmern sich Ehrenamtliche, doch verkommt ihr Engagement zu einem Kampf gegen Windmühlen. Nachwuchs gibt es nämlich reichlich – nicht zuletzt durch Freigängerkatzen. Zahlreiche Städte haben daher Verordnungen erlassen. Denn zu einer verantwortlichen Haltung von Freigängerkatzen gehört die Registrierung, Kennzeichnung und Kastration. Da Appelle nicht halfen, hat die Linksfraktion die Einführung der Verordnung auch in Bonn beantragt und gemeinsam mit Tierschutzinitiativen durchgesetzt!

Der Bonner Rat hat außerdem unserem Antrag zugestimmt, Zirkussen mit Wildtieren zukünftig keine kommunalen Flächen mehr zur Verfügung zu stellen. Experten wie die Bundestierärztekammer hatten klar gesagt: Eine artgerechte Haltung von Wildtieren wie Elefanten, Tigern oder Bären in Wanderzirkussen gibt es nicht, das ist Tierquälerei. Auch wenn CDU und selbst die Grünen (!) unsere Initiative abschwächen, bleibt doch im Ergebnis das klare Signal, dass die Stadt diese Tierquälerei nicht duldet! Die Linksfraktion bleibt in Sachen Tierschutz auch weiter am Ball!

**Wir
bleiben beim
Tierschutz am
Ball!**



Bild: kochtrotz at flickr.com

Bericht aus der BV Bonn

von Gitti Götz,
Mitglied des
Stadtrates und
der Bezirks-
vertretung
Bonn



Auch als Stadtverordnete bleibt die Bezirksvertretung mein Schwerpunkt. Dabei lerne ich interessante Leute kennen, beispielsweise durch die vielen BürgerInnenanträge! Da gibt es kreative Ideen wie die Einrichtung eines Dirt-Bike-Platzes in Dottendorf oder einen Realisierungswettbewerb für eine Kunstinstallation am August-Macke-Haus. Auch der Straßenverkehr ist immer wieder ein Aufreger-Thema für die Betroffenen. Geht es um Gemeinwohl, berechnete Einzelinteressen oder das Sankt-Florians-Prinzip? Schließlich kann man nicht einfach eine Straße sperren, wenn dadurch der Verkehr durch die Nachbarstraßen verstärkt wird. Nicht immer leicht zu entscheiden!

Solche Fragen stellen sich oft auch bei Bauanträgen. Wir brauchen mehr Wohnraum, die Nachverdichtung macht es aber für diejenigen, die schon da wohnen, nicht einfacher.

Große Flächen für Neubauten stehen selten zur Verfügung. Jetzt soll in Buschdorf auf einer 35 Hektar großen Fläche an der Otto-Hahn-Straße ein neues Wohnquartier entstehen. DIE LINKE begrüßt das, verfolgt die weitere Entwicklung aber genau: Wir fordern, dass mindestens 30 Prozent der Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau geeignet sind. Im Gegensatz zu anderen Parteien begnügen wir uns nicht mit unverbindlichen Absichtserklärungen, sondern fordern feste Quoten.

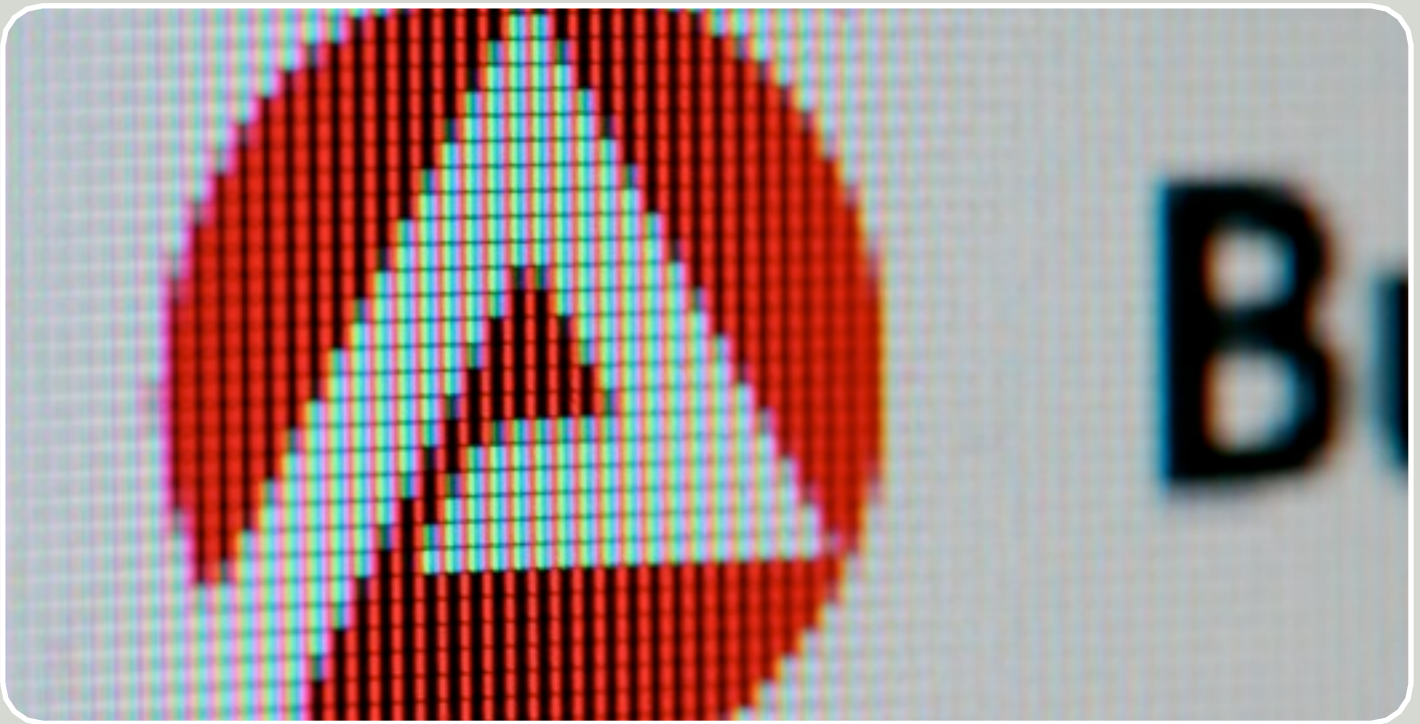


Bild: debagel at flickr.com

Öffentlich geförderte Beschäftigung in Bonn: Licht und Schatten

von Anatol Koch, Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion

DIE LINKE setzt sich dafür ein, verstärkt Perspektiven für Arbeitslose zu entwickeln, indem Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert wird. Denn gesellschaftliche Aufgaben gibt es genug.

In Berlin konnte DIE LINKE in Regierungsverantwortung 7.500 sozialversicherungspflichtige Jobs für Langzeitarbeitslose im Rahmen eines sog. „öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ schaffen. Die Beschäftigten verdienten dort nach Tarif bzw. wurden ortsüblich bezahlt, erhielten aber mindestens 1.300 Euro. Damit eröffneten sich für viele Langzeitarbeitslose neue berufliche Perspektiven. Zugleich erledigten sie im ÖBS sinnvolle Arbeit in den Bereichen Soziales, Integration, Kultur und stärkten damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung hat im Sommer ein Modellprojekt unter ähnlichem Titel ausgeschrieben. Als Linksfraktion im Bonner Stadtrat haben wir daraufhin ein Hearing mit Trägern und Vereinen veranstaltet, um das Modellprojekt kritisch zu diskutieren und die Möglichkeiten auszuloten, die das Projekt für die Region bieten kann. Unserer Einladung folgten mehr als 15 Träger aus verschiedenen Bereichen der örtlichen Wohlfahrtspflege. Es ist zwar seitens der Landesregierung geplant, bei erfolgreichem

Verlauf die öffentlich geförderte Beschäftigung als reguläres Förderinstrument zu etablieren. In welcher Höhe die Modellprojekte nach Ablauf der zweijährigen Förderlaufzeit weitergeführt werden, ist aber derzeit unklar.

Viele der vertretenen Träger kritisierten diese unsichere Perspektive. Als konkretes Ergebnis unserer Diskussion wurde die Idee einer kooperativen Trägerschaft von zwei oder drei Trägern geboren und nach dem Hearing weiterverfolgt. Leider zeigt sich aber wenige Wochen nach dem Hearing, dass durch

die Beschränkung des Modellversuchs auf nur 10 teilnehmende Personen in Bonn und durch die Reduzierung des sogenannten Minderleistungsausgleichs durch das Bonner Jobcenter nur einem Projektträger, dem Verein für Gefährdetenhilfe (VFG) die Teilnahme am Modellversuch möglich ist.

**Arbeit statt
Arbeitslosigkeit
finanzieren!**

Die Linksfraktion bedauert, dass in NRW der richtige Ansatz der öffentlich geförderten Beschäftigung offenbar mit angezogener Handbremse startet. Auch das Problem, wie die Projekte nach dem Auslaufen der Förderzusagen nach zwei Jahren weiterlaufen können, ist ungeklärt. Zweifel an der Nachhaltigkeit des Projektes sind insofern berechtigt. Als LINKE werden wir das weiter kritisch begleiten und daran arbeiten, gemeinsam mit Wohlfahrtverbänden und gemeinnützigen Initiativen tragfähige Projekte für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in gesellschaftlich bedeutsamen Bereichen zu entwickeln!

Wettkampf ohne Sieger

von Tobias Haßdenteufel, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Am 3. November fand auf dem Münsterplatz eine Demonstration des Aktionsbündnisses „Pro Sportstadt Bonn“ (PSB) statt, die sich für einen größeren Stellenwert des Sports in der Bonner Kommunalpolitik stark machte. Der Protest war bunt, die Stimmung trotz strömendem Regen ausgelassen und die Forderungen der PSB zum großen Teil mehr als berechtigt.

Denn die Bonner Sportstätten leiden unter einem enormen Sanierungstau, die Bäderlandschaft wird immer wieder zum Spielball planloser Kürzungspolitik der Stadt und auch die Diskussion um Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr hat viele Vereine verunsichert. Auch die Linksfraktion hatte im Vorfeld der Demo daher ihre inhaltliche Unterstützung signalisiert. Hatten wir doch schon im letzten Sporthaushalt gegen die fatalen Kürzungen bei Sportvereinen gestimmt, die nach einem großen Aufschrei unter den Sportlerinnen und Sportlern erst zur Gründung der PSB geführt haben und die selbst der OB mittlerweile als Fehler bezeichnet.

Insofern ist es immer wieder erstaunlich, wie gerade aus der

CDU der Protest der Sportlerinnen und Sportler aufs wärmste begrüßt wird – als hätte man mit den Entscheidungen, die zum Aufstand der Vereine geführt haben, rein gar nichts zu tun gehabt!

Aber: Die tieferliegende Ursache für die Vernachlässigung des Sports ist nicht in der Bonner Kulturförderung zu suchen.

Wenn die Vereine immer wieder Ausgaben für die Oper mit Ausgaben für Fußballfelder vergleichen, wird hier ein Zusammenhang suggeriert, der so nicht existiert.

Diese aktuelle Debatte ist nur vor dem Hintergrund einer jahrelangen kommunalen Kürzungspolitik zu verstehen: Nicht mehr der objektive Bedarf einzelner Politikfelder rückt in den

Fokus, sondern Verteilungskämpfe untereinander. Das ist nicht nur schlecht für das Miteinander in der Stadt – es gibt der Politik auch Möglichkeiten an die Hand, Akteure gegeneinander auszuspielen.

Was einem heute bei der Verteilung von städtischen Geldern nützt, kann einem damit morgen bereits schaden. Eine selbstbewusste Sportpolitik aber macht die eigenen Ansprüche nicht an Fördermitteln für andere Bereiche fest – das wird weiterhin der Leitfaden für linke Politik in Bonn bleiben.

Sport- und Kulturförderung nicht gegeneinander ausspielen!



Bild: bmmm at flickr.com

Ein Kriegsschiff, ist ein Kriegsschiff, ist ein Kriegsschiff ...

von Jürgen Repschläger, Stadtverordneter der Linksfraktion

Als UN-Stadt fühlt sich Bonn dem Weltfrieden verpflichtet. Wohl auch deshalb ist OB Nimptsch auf Initiative der Linksfraktion den „Majors for peace“, den Bürgermeistern für den Frieden beigetreten. Ziel dieses Zusammenschlusses von über 400 BürgermeisterInnen - alleine in Deutschland - ist es, sich für eine friedfertige Politik und für zivile Konfliktlösungsstrategien einzusetzen.

Im krassen Gegensatz zu diesem Anliegen wurde dieses Jahr in Anwesenheit des OB und weiteren Vertretern der Stadt ein Kriegsschiff der Bundeswehr auf den Namen „Bonn“ getauft. Damit nicht genug. Ein Modell dieses Schiffes wurde im Foyer des Stadthauses feierlich enthüllt. Seitdem „ziert“ das Kriegsschiff den Eingangsbereich eines der wichtigsten Gebäude der Stadt.

Wie erklärt nun die Stadtspitze diesen Widerspruch? Ganz einfach: Sie sagt, dass dieses Kriegsschiff gar kein Kriegsschiff ist. Es sei lediglich ein Truppenversorger, der Lebens-

mittel, Medikamente und technisches Gerät transportiert. Es hat eine gut ausgerüstete medizinische Abteilung, kann im Kampf gegen Naturkatastrophen eingesetzt werden und Flüchtlinge aufnehmen. Diese Begründung ist in den Augen der Linksfraktion und der Bonner Friedensbewegung ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

Die „Bonn“ ist mit Maschinenkanonen, Stinger-Raketen und mit einem Kampfhubschrauber bewaffnet. Sie fährt unter der Flagge der Bundeswehr, ihre Besatzung besteht aus Soldaten. Es stellt sich die Frage, welche Einsatztruppen wo versorgt werden sollen? Bonn ist nach Aussage des OB stolz darauf, dass der Name der Stadt nun auf den Weltmeeren vertreten ist. Was hat aber eine Armee, deren Existenzberechtigung der Verteidigungsauftrag ist, auf den Weltmeeren zu suchen? Der frühere Bundespräsident Köhler ist über seine Aussage, dass die Bundeswehr die vitalen Interessen Deutschlands überall auf der Welt verteidigen soll, gestürzt. Man will nicht zugeben, was längst Praxis ist: Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee, sie ist durch ihre Auslandseinsätze Kriegspartei. Nur weil ein Schiff ein paar Pa-

ckungen Aspirin mehr an Bord hat als andere Schiffe, wird aus einem Kriegsschiff noch lange kein Rot-Kreuz-Dampfer.



Kein Kriegsschiff mit dem Namen „Bonn“!

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Dr. Michael Faber (V.i.S.d.P)

Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn
Tel: 0228 - 77 - 40 81 / - 40 80
Fax: 0228 - 77 - 40 85
linksfraktion@bonn.de
www.linksfraktion-bonn.de

Layout: Jonas Bens
Druck: Kessoprint, Nikolausstr. 43,
53129 Bonn

Kontakt

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns. Rufen Sie an oder schreiben Sie an linksfraktion@bonn.de.

Abo gefällig?

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren!

Einfach anrufen unter 0228-77-40 81 oder eine E-Mail an linksfraktion@bonn.de

Diese Zeitung ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss 14.11.2012.